



## NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Revisionsausschusses  
am 02. September 2009  
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

---

**Vorsitz :**

**Torsten Tollebeek**

Anwesende Ausschussmitglieder:  
Ferner anwesend:  
Tagesordnung:  
Veröffentlichung:

siehe Anlage 1  
siehe Anlage 2  
siehe Anlage 3  
siehe Anlage 4

**Beginn (öffentlicher Teil): 17:05 Uhr**

**Ende: 20:05 Uhr**

---

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 21/09, 23/09 (Drucksachenband 137)

Drucksachenlisten DL Nrn. 25/09, 26/09 + NÖ (Drucksachenband 138)

Drucksachenlisten DL Nrn. 27/09 + NÖ, 28/09 + NÖ, 29/09 + NÖ (Drucksachenband 139)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung werden in der Bürgerfragestunde folgende Fragen gestellt:

Herr Hans-Dieter Pühl bittet darum, den Kreisel an der Fichte-/Parkstraße aus dem Sonderkonjunkturprogramm zu streichen, da der Kreisel nach seiner Auffassung nicht notwendig ist. Er wohnt seit 60 Jahren dort und hat bis heute nicht erlebt, dass ein Stau entsteht. Der Kreisel bringe lediglich Nachteile mit sich. So würden Bäume gefällt werden müssen, die Straße rückt näher an die Häuser heran. Er bittet darum, die Kreiselösung zu überdenken, denn es gäbe andere Lösungen.

## Seite 2 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 02. September 2009

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Vielleicht könne man die Beratung der Vorlage auch zurückstellen, denn er vermute formelle Fehler bei der Planung.

Herr Zimmermann schließt sich der Auffassung seines Vorredners an. Er kenne die Verkehrsführung sowohl aus Autofahrer als auch als Fußgänger. Der bestehende und der neu geplante Kreisel lägen lediglich 100 m von einander entfernt. Keine zweite Stadt würde sich zwei so nah beieinander liegende Kreisel leisten. Der neue Kreisel läge auch zu nah an dem Park. Nach seiner Meinung sei auch aus Denkmalschutzgründen der Kreisel nicht tragbar.

Frau Dr. Legeland bemängelt, dass es doch nicht sein könne, dass Geld für eine solch unsinnige Maßnahme ausgegeben würde.

Vors. Tollebeek erklärt die Zuständigkeiten der einzelnen Ausschüsse. Er sieht für den Revisionsausschuss keine Möglichkeit, die Vorlage inhaltlich zu bewerten und zurückzustellen, auch sei der finanzielle Rahmen im Sonderkonjunkturprogramm eingehalten worden, so dass auch aus finanzpolitischer Sicht keine Möglichkeit bestehe, die Vorlage aufzuhalten. Man müsse auch bedenken, dass das Geld, das vom Land zur Verfügung gestellt würde, verloren ginge, wenn die Vorlage jetzt zurückgestellt würde. Der Revisionsausschuss beschäftige sich mit Maßnahmen, die aus dem Ruder laufen, was hier aber auch nicht der Fall sei.

Er betont, dass er die Verärgerung der Bürger/in verstehen könne, aber keine Handhabe in diesem Fall sähe.

Er sieht zwei Stellen, die als Ansprechpartner für die Bürger/in in Frage kommen: den Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr und das Verkehrsentwicklungsdezernat.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

### öffentliche Sitzung

#### 0133      Tagesordnung

Die Beratung der Sitzungsvorlage zum Kreisel Fichte-/Parkstraße wird in der Beratungsfolge vorgezogen.

In einem sog. Schnelldurchgang werden die Vorlagen abgestimmt, die keiner Beratung im Einzelnen bedürfen.

Einstimmig

#### 0134      Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 17.06.2009 wird genehmigt.

Einstimmig

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	----------------------------------------

---

0135      09-V-66-0219

Grundinstandsetzung Fichtestraße/Parkstraße

Stv. Reiß fragt nach, wie es um die Haltbarkeit des geräuscharmen Asphalts bestellt sei, der hier erprobt werden soll. Gibt es Garantiefrieten?

Er würde außerdem gern wissen, was unter Grundinstandsetzung verstanden wird.

Herr Dr. Bohr ist zu diesem Thema anwesend und berichtet, dass Asphalte mit Lärminderung bisher auf Autobahnen aufgebracht wurden. Aber auch bei niedrigeren Geschwindigkeiten gäbe es eine Minderung des Lärms (z. B. in Düsseldorf erprobt).

Für die Gewährleistung gelten die normalen Fristen. Das Aufbringen von geräuscharmem Asphalt sei noch in einem frühen Stadium und es gibt sicher keine Garantie, dass dieser ewig halte.

Unter Grundinstandsetzung verstehe man eine grundhafte Erneuerung. Es gäbe Text und Pläne zu der Vorlage, die in der kommenden Woche auch im Ausschuss Planung, Bau und Verkehr behandelt werde.

gegen BLW

**Die Sitzungsvorlagen zu den Beschlussnummern 136 bis 174 werden ohne besondere Aussprache abgestimmt:**

0136      09-V-01-0010

Lizenzierung von Microsoft Desktoplizenzen

Einstimmig

0137      09-V-10-0020

Sanierung der Ortsverwaltung Auringen im Rahmen des Konjunkturpaketes II

Einstimmig

0138      09-V-20-0035

Investitionscontrolling 1. Quartal 2009

Einstimmig

0139      09-V-20-0049

Investitionscontrolling 2. Quartal 2009

Einstimmig

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 02. September 2009

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

**0140            09-V-20-0045**

Übersicht der durch den Magistrat bis 31.03.2009 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

Einstimmig

**0141            09-V-20-0046**

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 31.03.2009 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

Einstimmig

**0142            09-V-20-0048**

Schlussbericht der 128. Vergleichenden Prüfung "Kurparke"

Die Vorlage gilt als eingebracht und wird in einer der nächsten Sitzungen zum Aufruf kommen.

Einstimmig

**0143            09-V-20-0057**

Übersicht der durch den Magistrat bis 30.06.2009 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

Einstimmig

**0144            09-V-20-0060**

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30.06.2009 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

Einstimmig

**0145            09-V-52-0017**

Sporthalle II Berufsschulzentrum; Heizungssteuerung

Einstimmig

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

**0146            09-V-66-0207**

Stationsentwicklungsplanung Bahnhof Mainz-Kastel 1. Bauabschnitt

Einstimmig

**0147            09-V-66-0212**

Hochheimer Straße in Mainz-Kostheim - Neubau Geh- und Radweg vor Rheingauer Hof

Einstimmig

**0148            09-V-66-0218**

Bau eines Fuß- und Radweges Kloppenheimer Weg in Wiesbaden-Bierstadt

Einstimmig

**0149            09-V-41-0017**

Konjunkturpaket II; Stadtarchiv Ausführungsvorlage

Einstimmig

**0150            09-V-41-0018**

Konjunkturpaket II / Kunsthaus; Ausführungsvorlage

gegen BLW

**0151            09-V-51-0044**

Sanierungsmaßnahmen in der Altenwohnanlage Schiersteiner Straße 70 - 78 im Rahmen des Konjunkturpaketes II

Einstimmig

**0152            09-V-70-0001**

Umsetzung Konjunkturpaket II;  
Lfd.-Nr. 12: Um- und Ausbau der Verkehrsführung im Eingangsbereich der Deponie

Einstimmig

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 02. September 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

**0153 09-V-70-0005**

Jahresabschluss 2008 der ELW-Feststellung des Jahresabschlusses;  
Ergebnisverwendung

Einstimmig

**0154 09-V-70-0006**

Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt  
Wiesbaden für das Wirtschaftsjahr 2009

Einstimmig

**0155 09-V-40-0020**

Robert-Schumann-Schule - brandschutztechn. Maßnahmen - Grundsatz- und  
Ausführungsvorlage

Einstimmig

**0156 09-V-40-0405**

Soko 44+ - Ernst-Göbel-Schule - Errichtung eines Ersatzneubaus

Einstimmig

**0157 09-V-40-0407**

Soko 44+ - Louise-Schroeder-Schule; Austausch der Heizungsanlage

Einstimmig

**0158 09-V-40-0408**

Jawlensky-Schule; Asbestsanierung im Rahmen von Soko 44 + - Ausführungsvorlage -

Einstimmig

**0159 09-V-40-0409**

Soko 44+ - IGS Alexej-von-Jawlensky - Neubau einer Mensa

Einstimmig

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

**0160            09-V-40-0410**

Soko 44+ - Grundschule Schelmengraben - Fassadendämmung

Einstimmig

**0161            09-V-40-0411**

Soko 44+ - Gymnasium Mosbacher Berg - Ersatzbau Turnhalle

Einstimmig

**0162            09-V-40-0412**

Soko 44 + Wilhelm-Heinrich-von-Riehl-Schule ? Errichtung eines Ersatzneubaus

**0163            09-V-40-0413**

Soko 44+ - Schulze-Delitzsch-Schule - Ersatzneubau für das E-Gebäude

Einstimmig

**0164            09-V-40-0414**

Soko 44+ - Geschwister-Scholl-Schule - Sanierung und Erweiterung

Einstimmig

**0165            09-V-40-0415**

Soko 44+ - Friedrich-von-Bodelschwingh-Schule - Dachsanierung

Einstimmig

**0166            09-V-40-0416**

Soko 44+ - Gustav-Stresemann-Schule - Brandschutz

Einstimmig

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	----------------------------------------

---

**0167**      **09-V-40-0417**

Soko 44+ - Kellerskopfschule - Dach- und Fassadensanierung

Einstimmig

**0168**      **09-V-40-0418**

Soko 44+ - Leibnizschule - Umbau der Gymnastikhalle in eine Mensa

Einstimmig

**0169**      **09-V-40-0419**

Soko 44+ - Otto-Stückrath-Schule - Energetische Gebäudesanierung

Einstimmig

**0170**      **Verschiedenes**

Die Sitzung des Ausschusses am 04.11.09 wird in der Wartburg stattfinden.

Einstimmig

**0171**      **09-V-20-0040**

Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 1. Quartal 2009

eingebraucht - Behandlung nächste Ausschusssitzung

Einstimmig

**0172**      **09-V-20-0061**

Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 2. Quartal 2009

eingebraucht - Behandlung nächste Ausschusssitzung

Einstimmig



Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

0173 09-V-82-0007

Carol-Nachman-Preis Rechnungslegung 2008

Einstimmig

0174 09-V-86-0001

Bestellung des Wirtschaftsprüfers für den Eigenbetrieb mattiaqua der Landeshauptstadt Wiesbaden für das Wirtschaftsjahr 2009

Einstimmig

---

0179 09-V-03-0007

Drahtlose Netzwerkverbindungen (WLAN) in Sitzungs- und Besprechungsräumen des Rathauses der Landeshauptstadt Wiesbaden

Zu diesem Punkt ist Herr Oestereich (Geschäftsführer Wivertis) anwesend. Es waren 2 Fragen zu klären:

1. Warum ist eine neue Ausleuchtung der wlan-genutzten Räume notwendig?
2. Warum ist die Umrüstung der Laptops auf Wlan unverhältnismäßig teuer im Vergleich zu privaten Anbietern?

Die Ausleuchtung hat ein externes Unternehmen vorgenommen. Da stecke nicht nur Ausleuchtung sondern auch Erweiterung der Netzwerktechnik dahinter. Bei den Gesamtkosten liege man unter dem Angebot.

Auf Nachfrage von Vors. Tollebeek erklärt Herr Oestereich, dass der Begriff Ausleuchtung nichts mit Beleuchtung zu tun habe, sondern das Ausmessen der Netzwerktechnik bzw. die funktechnischer Vermessung meint.

Die aktive Netzwerktechnik habe erweitert werden müssen.

Lt. Vors. Tollebeek ufern bei den IT-Projekten die Kosten in der letzten Zeit aus. Er erinnert sich an das Landinformationssystem, das auch hohe Kosten erzeugt hat, aber nicht wirklich genutzt wurde. Er werde in den Haushaltsplanberatungen verstärkt darauf achten, wie sich die Kosten im IT-Bereich entwickeln. Man müsse nicht immer auf dem neuesten Stand sein.

Herr Emmel (Leiter der Kämmerei) weist darauf hin, dass es zu keiner Kostensteigerung gekommen sei, sondern im Angebot alles enthalten war.

Vors. Tollebeek würde das Geld lieber für die Unterstützung einer Elterngruppe verwenden.

Hardware, Software und Dienstleistung seien die Faktoren, die die Kosten i. H. v. 300 € für die Umrüstung der Laptops auf Wlan bestimmen.

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Warum die lfd. Betriebskosten im Wlan-Bereich so hoch seien, wolle man schriftlich von Wivertis erfahren erklärt St. Sommer.

gegen BLW

**Zu der W.-H.-v.-Riehl-Schule und der Diesterwegschule ist Frau Stadträtin Scholz anwesend. Die Sitzungsvorlagen werden gemeinsam beraten und getrennt abgestimmt.**

**0180            08-V-40-0020**

Wilhelm-Heinrich-von-Riehl-Schule - Genehmigung der Gesamtkosten und Mittelfreigabe

Lt. Stadträtin Scholz seien die an dieser Schule entstandenen Mehrkosten eine sehr unerfreuliche Sache. Sie bezögen sich zum großen Teil auf Brandschutzmaßnahmen. Die Aula und die Mensa waren nicht budgetiert. Es gäbe Dinge, die nicht reduzierbar seien, so wie hier die Erneuerung der abgehängten Decken. Die Bodenbeläge seien z. T. 30 bis 40 Jahre alt und gesundheitsschädigend. Für eine mögliche Gesundheitsgefährdung möchte sie nicht die Verantwortung übernehmen. In der Riehl-Schule gäbe es nur ein altes Lehrerzimmer, das umstrukturiert werden müsse. Als Kostenschätzung müsse man von 250.000 € ausgehen. Sie versichert aber, dass nur das gemacht wird, was unumgänglich ist. Auch den Brandschutz betreffend wird sie versuchen, alles abzuklären. Sie wird zukünftig nicht mehr akzeptieren, dass bei Schulsanierungen mit rd. 30 % Kostensteigerung gerechnet werden muss.

Vors. Tollebeek ist es unbegreiflich, dass Dinge angeblich überraschend auftreten. Die alten Teppiche waren vor 2 Jahren auch schon alt. Warum erkennt man solche Sachverhalte immer erst dann, wenn mit der Sanierung schon begonnen wurde oder zumindest die Vorlagen schon durch die Gremien gelaufen sind.

Stadträtin Scholz steht der Kritik von Vors. Tollebeek offen gegenüber. Sie versichert, dass man zukünftig im Vorfeld Dinge besser abklären müsse. Sie werde zukünftig für alles gerade stehen.

gegen BLW

**0181            09-V-40-0022**

Diesterwegschule - Erweiterung - Ausführungsvorlage

Für die Schulsanierung wurden bereits 800.000 € genehmigt. Jetzt entstehen Mehrkosten i. H. v. 100.000 € für die SEG und 100.000 € für Brandschutzmaßnahmen. Vors. Tollebeek fragt nach, ob es jetzt bei den vorgenannten Mehrkosten bleibe.

Stadträtin Scholz sichert dies zu. Das Honorar der SEG habe sie nicht mit in die Berechnungen einbezogen und zu spät korrigiert. Die Brandschutzauflagen kamen aber erst später zur Sprache. Die jetzt geplanten Fluchttreppen waren noch die kostengünstigere Variante. Die Sanierung sei jetzt fast fertig gestellt.

Beschl.	Vorlagen	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr.	Nr.	

---

Herr Guntrum (SEG) berichtet, dass es ein Systemproblem gäbe. Man habe eine Grundsatzvorlage, in der der Brandschutz nicht berücksichtigt würde. Die Feuerwehr würde zum Brandschutz durch mangelndes Personal immer erst dann Stellung nehmen können, wenn bereits die Bauantragsplanung erreicht sei. Zur Grundsatzplanung sei die Stellungnahme nicht möglich.

In der Diesterwegschule ging man davon aus, dass der Brandschutz wie in der 1. Etage möglich sei. Doch was die Feuerwehr vor 37 Jahren genehmigt hatte, ist jetzt nicht mehr so möglich. Dadurch sind erhöhte Kosten entstanden, mit denen im Vorhinein nicht gerechnet werden konnte.

Stv. Gerich will den Hinweis auf die nicht genau zu klärende Brandschutzmaßnahme nicht hinnehmen, denn bei Altbausanierung sei doch mit Brandschutzauflagen zu rechnen.

Stadträtin Scholz wirft ein, dass man dann aber Planungsmittel brauche.

Herr Guntrum weist noch einmal darauf hin, dass die Feuerwehr nur noch zu konkreten Baumaßnahmen Stellung nähme, sich nicht aber schon im Vorfeld zum Brandschutz äußert, da zu wenig Personal da sei.

Vors. Tollebeek teilt die Auffassung von Stv. Gerich, denn bei jeder Schule aus den 70-er Jahren muss mit Brandschutzauflagen und Asbestsanierung gerechnet werden, so dass man über einen pauschalisierten Betrag nachdenken könne.

Einrichtungsgegenstände, neue Teppiche oder neue EDV-Ausstattung werden nicht im Bauantrag mit erledigt, sondern kämen immer noch dazu - das wisse man auch.

Alle beteiligten Ausschüsse müssten auf pauschalisierte Vorlagen bestehen. Wenn sich alle Dezernate Bauantragsmittel genehmigen lassen würden, würde dies bedeuten, dass dann nicht in Schule/Kultur über eine neue Mensa und andere Dinge, die nice to have seien, geredet werden könne. Man erwecke mit den Überlegungen zu einer neuen Mensa auch die Erwartungen der Eltern und könne dies aus Kostengründen dann nicht umsetzen.

Für Herrn Guntrum ist die bauantragsreife Planung das Ziel, denn erst dann kommen auch die Preise ins Spiel. Man müsste aber auch den Mut haben, Dinge nicht umzusetzen.

Vors. Tollebeek fragt nach, ob es denn Dinge gäbe, die aus Kostengründen nicht gemacht worden wären.

Stadträtin Scholz sagt klar, dass man bei ständigen 30 % Mehrkosten über Veränderungen nachdenken müsse, man müsse erheblich genauer planen. Sie berichtet von einem Beispielsfall aus dem Sonderkonjunkturprogramm. Sie sei keine Architektin, bekam eine Maßnahme vorgeschlagen und fragte nach Asbest - es wurde auf ihre Anregung hin nach Asbest gesucht und auch gefunden. Das könne aber nicht der richtige Weg sein. Man müsse die Sanierungsmaßnahmen besser vorbereiten. Sie ist dankbar für alle Anregungen, die von Seiten des Ausschusses oder auch dem Revisionsamt zur Lösung des Problems eingehen würden und wird mithelfen, Lösungen zu erarbeiten.

Einstimmig

0182 07-A-19-0022

Empfehlungsprotokolle der Betriebskommission der ELW und der Kurbetriebskommission

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Stv. Sommer fragt nach, wo denn die Protokolle von Triwicon seien, die ja durch Beschluss angefordert worden sind. Die Protokolle werden erneut angefordert.  
Die Protokolle der Betriebskommission ELW liegen vor. In diesem Jahr werden noch 2 weitere Sitzungen erfolgen.

Einstimmig

**0183            09-V-66-0213**

Platz der deutschen Einheit - neue Verkehrsführung

Stv. Reiß will keine inhaltliche Bewertung vornehmen, möchte aber z. B. über die Entfernung des belasteten Materials unterrichtet werden.

Herr Dr. Bohr berichtet, dass es sich um Teermaterialien gehandelt habe, die früher häufig verwendet wurden, die man heute aber nicht ohne weiteres auf die Deponie geben könne. Der Verkehr müsse verlegt, der Bau von Mittelinseln und Gehwegen ist notwendig. Ob es einen genauen Terminplan gäbe (Frage von Stv. Sommer) kann Herr Dr. Bohr nicht im Detail sagen.

Nach Mitteilung von Vors. Tollebeek hat Prof. Dr. Pös für den Platz der deutschen Einheit im Haushalt 1.000 € eingestellt, aber auch für das Stadtmuseum sind lediglich 1.000 € eingestellt. Wo das benötigte Geld dann letztendlich herkommen soll, ist unklar. Vielleicht gibt es aber Festlegungen im Kämmerer-Entwurf.

Die Sitzungsvorlage wird unverändert abgestimmt.

gegen BLW

**0184            09-V-66-0313**

Bauernbrücke in Mainz-Amöneburg, Rückbau-Kostenänderung

Herr Dr. Bohr berichtet, dass das externe Ingenieurbüro gravierende Fehler gemacht hat. Die hydraulischen Pressen seien auseinander geflogen, da das Gewicht falsch ermittelt worden war. Es gibt Vermutungen, woran dieser Fehler lag, aber die Berechnung war auf jeden Fall falsch. Zwischenzeitlich sei es auch zu einem Rechtsstreit mit der ausführenden Firma gekommen. Die Bahn müsse die Hälfte der Kosten übernehmen, das sei zumindest ein kleiner Trost.

Stv. Sommer fragt nach, ob es separate Rechnungen gäbe - externer Ingenieurbüro, ausführende Firmen usw. Außerdem möchte er wissen, ob die Zahlungen an das Ingenieur-Büro einbehalten wurden.

Das Honorar für das Ingenieur-Büro ist lt. Herrn Zettlitz nicht komplett einbehalten worden. Der Schadensersatz müsse in 2 Stufen abgewickelt werden. Man müsse die Eh-da-Kosten herausrechnen, auf die die Firma auf jeden Fall ein Anrecht habe. Alles Weitere muss vom Gericht geklärt werden, z. B. welche Kosten die Abbruchfirma übernehmen muss.

Stv. Gerich fragt nach der Einnahmeseite - habe man jetzt doppelt so viel Geld, weil mehr Metall vorhanden ist?

Beschl.	Vorlagen	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr.	Nr.	

---

Lt. Herrn Dr. Bohr gibt es keine höheren Einnahmen, da lediglich der Rahmen aus Metall sei. Die großen Einbauten seien z. T. gepflastert. Das Entsorgen werde eher teurer, denn die Brücke sei fast eingestürzt und musste nachts abgebrochen werden. Man hätte auch kurzfristig überlegt, den Bauvertrag zu kündigen, was aber nicht als sinnvoll erschien. Man habe das Projekt wohl oder übel durchgezogen.

Lt. Vors. Tollebeek scheint das Dezernat große Freude an Rechtsstreitigkeiten zu haben. Wenn man ein Gutachten habe, dass von einem baldigen Einsturz der Brücke ausgeht müsse man wissen, wie schwer die Brücke sei, da sonst keinerlei Berechnungen möglich seien. Er ist für ihn unverständlich, dass das Tiefbauamt das Gewicht der Brücke nicht berechnen konnte. Das Architekturbüro habe einen schwerwiegenden Fehler begangen, aber auch das Tiefbauamt sei nicht unbeteiligt. Eine Alternative zum Abriss wäre der Erhalt der Brücke, aber der Abriss stand doch wohl von vorneherein fest. Man hätte sich beim Erhalt doch viel intensiver mit der Brücke beschäftigen müssen. Jetzt würde der Abriss doppelt so teuer wie geplant. Er fragt sich, wann endlich von persönlicher Verantwortung geredet würde.

Herr Dr. Bohr bittet darum, Dinge nicht zu vermischen - das Gewicht der Brücke und die Standsicherheit. Die Träger der Brücke seien schon bei der Übernahme durchgerostet gewesen. Man habe die Pflicht, Schaden abzuwenden. Man habe aus diesem Grund ja auch eine Fachfirma beauftragt.

Vors. Tollebeek geht davon aus, dass die Fachverwaltung sehr wohl das Ausmaß der Maßnahme hätte überblicken müssen. Das Gutachten sage, dass die Brücke nicht sanierungsfähig sei. Es muss sich dabei auch auf Maße und Gewichte beziehen. Er kann die Argumentation von Herrn Dr. Bohr nicht nachvollziehen.

Warum würde z. B. überhaupt etwas vom Honorar an das Ingenieur-Büro ausbezahlt.

Stv. Dumont du Voitel wirft ein, dass man sich doch auch auf Spezialisten verlassen können muss. Der Abriss einer Brücke sei kein alltägliches Geschäft.

Stv. Gaedeke plädiert dafür, dass man bei aller Aufregung die Sitzungsvorlage zur Kenntnis nehmen sollte.

Stv. Schäfer wirft ein, dass man die Angelegenheit nicht mit Mitarbeitern, sondern mit dem zuständigen Dezernenten klären sollte.

Stv. Reiß bittet darum, das Gutachten anzufordern.

Vors. Tollebeek formuliert einen entsprechenden Beschlussvorschlag, nach dem der Magistrat (Dezernat IV) gebeten wird, dem Revisionsausschuss unverzüglich

- das ursprüngliche Gutachten des externen Ingenieurbüros,
- eine Übersicht über die an die Baufirma und das Ingenieurbüro gezahlten Honorare o.ä.,
- eine Übersicht über die von den Firmen in Rechnung gestellten Beträge und
- einen ausführlichen Bericht über den Stand des Verfahrens

vorzulegen.

Einstimmig

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

**0185 09-V-66-0104**

Erneuerung von Fahnenmasten und -bestand

Lt. Stv. Reitz ist das eine interessante Sitzungsvorlage mit einer guten Begründung, aber die Finanzierung sei nicht geregelt. Dass Fahnen erneuert werden müssten sei klar, aber warum man dann üpl/apl-Mittel für diese vorhersehbare Maßnahme beantragen müsse, erschließe sich ihm nicht. Außerdem sei nicht einzusehen, dass man 900 Fahnen beschaffe, wobei man schon wisse, dass man diese Anzahl nicht braucht und mit der Staatskanzlei deren Fahnenbestand abklären will. Warum klärt man nicht vorher den Bedarf?

Stv. Gerich schließt sich der Auffassung von Stv. Reitz an und hält die Maßnahme für planbar. Er erwartet eine Übersicht über benötigte Anzahl und Kosten zu den nächsten Haushaltsplanberatungen.

Die Sitzungsvorlage wird abgelehnt. Eine Anmeldung zu den Haushaltsplanberatungen bleibt der Fachverwaltung unbenommen.

Einstimmig

**0186 09-V-61-0037**

Regionalpark RheinMain: Neubau eines Aussichtsturmes am Mainhafen in Mainz-Kostheim; Ersatz des Fundamentes

Stv. Gerich möchte wissen, warum man zuerst einen neuen Turm baut und hinterher schaut, was mit dem Fundament ist.

Herr Brune (Stadtplanungsamt) teilt mit, dass der Turm von einem Architekten und einem Statiker in Augenschein genommen wurde. Auftraggeber war das Hochbauamt. Erst als eine Probebohrung stattgefunden hat, hat man festgestellt, dass das Material des Fundaments nicht geeignet ist. Bei der Inaugenscheinnahme herrschte Hochwasser, so dass man nicht alles einsehen konnte.

Stv. Sommer findet es grundsätzlich schön, einen Aussichtsturm zu haben, aber auch er möchte über den Deckungsvorschlag informiert werden, der bis zum 30.09.09 dem Magistrat vorliegen soll.

Herr Brune erklärt, dass der Turm in ein Gesamtkonzept eingebunden ist, dass durch verschiedene Quellen gefördert wird (z. B. Regionalpark, Fa. sca gibt allein 50.000 €).

Lt. Vors. Tollebeek bleibt trotzdem ein großer Teil an Mehrkosten an der LHW hängen. Er findet es auffällig, dass es keine Fachverwaltung gäbe, die valide schätzen könne. Er fragt sich, warum man überhaupt in die Haushaltsplanberatungen einsteigen und sich dort um kleine Beträge z. B. für Jugendleiter o. ä. streiten soll, wenn über das Jahr Millionenbeträge üpl oder apl bewilligt werden.

Stv. Reitz weist darauf hin, dass bei der Prüfung der Jahresrechnung immer wieder auf § 100 HGO hingewiesen wird und üpl/apl-Ausgaben auf das absolut notwendige Maß beschränkt bleiben müssen. Aber die Entwicklung ist gegenläufig und nicht im Sinne des Gesetzes. So kann es auf Dauer nicht funktionieren.

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	----------------------------------------

---

Lt. Herrn Brune würde man die Bewohner/innen treffen, wenn der Turm nicht gebaut werden würde. Stv. Sommer erwartet, dass dem Revisionsausschuss in der 1. Oktoberwoche ebenfalls der für den Magistrat vorgesehene Deckungsvorschlag vorgelegt wird.

gegen BLW

**0187**      **09-V-52-0008**

Stadion Berliner Straße - Verwendung von Restmitteln aus 2008

Stv. Reiß kritisiert, dass für die Ausstellung 100.000 € üpl genehmigt werden sollen, die Einladungen zur Ausstellungseröffnung aber bereits versandt wurden. Er fragt nach, ob die Deckung aus dem Budget Sportplätze erfolgen soll.

Vors. Tollebeek verneint dies.

Auf Nachfrage von Stv. Reiß, ob Teile der Ausstellung evtl. später in den Schön-Park eingebracht werden, erklärt Herr Emmel, dass die Ausstellungsstücke nach der Ausstellung im Rathaus an die Eigentümer zurückgegeben werden.

100.000 € für eine Ausstellung von 4 Wochen hält Stv. Reiß für erheblich, zumal schon alles in die Wege geleitet wurde.

Vors. Tollebeek weist auf den Werbeeffekt hin.

Herr Oberbürgermeister Dr. Müller wird einen Brief erhalten, in dem gerügt werden soll, dass die Mittel für die Ausstellung wieder einmal freigegeben wurden, ohne den entsprechenden Beschluss abzuwarten.

**Protokollerklärung der Bürgerliste Wiesbaden:**

Die Bürgerliste Wiesbaden stimmt Ziffer 2.2 der Sitzungsvorlage nicht zu.

Einstimmig

**0188**      **09-V-11-0002**

onlineRathaus-Umsetzung und Erweiterung

Stv. Sommer fragt nach der Terminplanung für das Projekt und möchte wissen, welche zusätzlichen Online-Dienste angeboten werden sollen.

Frau Rubbel (Projektleiterin) berichtet, dass man im III. Quartal 09 ans Netz gehen wolle. Für die nächsten 2 Jahre sind der KfZ-Bereich und die Führerscheinausstellung, Gewerbean-, ab- und ummeldungen und die Hundesteuer für die Online-Abwicklung vorgesehen.

Vors. Tollebeek geht davon aus, dass schon bei dieser Vorlage klar ist, dass zukünftig Mehrkosten auf die LHW zukommen.

Seinem Vorschlag, den Magistratsbeschluss im 6. und 7. Pfeil so zu ändern, dass alle zusätzlichen Projektteile vorab von der Stadtverordnetenversammlung genehmigt werden müssen und alle

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	----------------------------------------

---

kostenrelevanten Planungen vorher mit dem Ausschuss abzustimmen sind, schließt sich der Ausschuss an.

Auf Nachfrage von Frau Rubbel erklärt Vors. Tollebeek, dass sie für alle Bereiche, in denen Zusatzkosten entstehen werden oder zusätzlich Dienste geplant sind, vorher die Genehmigung des Ausschusses einholen muss.

Herr Emmel weist darauf hin, dass das Projekt sowieso erst durchgeführt werden kann, wenn Dezernat gefunden sind, die diese Projekte auch bezahlen. Wenn sich keine Dezernate finden, gibt es auch keine Zusatzprojekte.

Vors. Tollebeek erläutert auf Nachfrage von Stv. Gaedeke, dass der Ausschuss das Projekt sehr wohl fachlich bewertet, was aber der Bürger an EDV bekommt, bestimme aber die Stadtverordnetenversammlung.

Frau Rubbel findet den Umgang nicht ganz fair. 3 Online-Dienste konnten bisher realisiert werden, Gelder seien vorhanden gewesen. Bei den Bürger/innen werden dadurch Begehrlichkeiten geweckt, die dann nicht umgesetzt werden können. Welche Dienste noch online möglich sein werden, hänge natürlich von der Finanzierung ab, man müsse dazu Geld in die Hand nehmen.

Lt. Vors. Tollebeek bestimme immer noch die Stadtverordnetenversammlung, was für den Bürger/die Bürgerin gemacht werde, dazu liege das Budgetrecht in der Hand der StVV.

Frau Rubbel verweist auf die Kriterienliste als Anlage zur Sitzungsvorlage.

Stv. Schäfer zweifelt nicht die Sinnhaftigkeit der Online-Dienste an, aber der Ausschuss habe einfach das Problem, mit sehr vielen Sitzungsvorlagen mit üpl/apl-Kosten umgehen zu müssen. Gerade so kurz vor den Haushaltsplanberatungen würde diese nicht abgewartet, sondern Sitzungsvorlagen zur üpl/apl-Genehmigung vorgelegt.

Nach Auffassung von Herrn Emmel liegt das auch an der Haushaltssystematik. Die Mittel sind im Bereich Stadtmarketing vorhanden, die Dienste werden aber beim Einwohner- und Integrationsamt angeboten. Die Deckung erfolgt aus dem Regeletat von ITM. Man könne aber gerne auch regelmäßig im Ausschuss berichten.

Stv. Schäfer weist darauf hin, dass man Unstimmigkeiten mit den zuständigen Dezernenten klären müsse, nicht mit den Mitarbeiter/innen.

Lt. Stv. Sommer geht davon aus, dass es Einsparungen geben wird, durch die dann vorfinanziert werden könne.

Einstimmig

**0189**      **09-V-86-0003**

Ausführungsfreigabe für das Projekt "Hallenbad Kostheim - Sanierung Beckenkopf" des Dezernates I im Rahmen des Konjunkturpaketes II (Infrastrukturmaßnahmen)

Lt. Vors. Tollebeek hat die Betriebskommission den Mehrkosten zugestimmt.



Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Lt. Herrn Emmel hat die Kämmerei vorgeschlagen, dass mattiaqua die Mehrkosten finanziert.

Die Mehrkosten könnten nach Aussage von Stv. Gerich einer jungen Gesellschaft Schwierigkeiten bereiten, aber es geht offensichtlich nicht anders.

Einstimmig

**0190            09-V-66-0216**

Am Holderstrauch/Hofäckerstraße; Umgestaltung der Kreuzung

Stv. Sommer fragt nach, warum mit der Maßnahme nicht bis zu den Haushaltsplanberatungen gewartet werden könne.

Lt. Herrn Dr. Bohr sind die Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung abgearbeitet und dann wird versucht, den Wünschen der Ortsbeiräte Rechnung zu tragen.

Die Sitzungsvorlage wird abgelehnt. Eine Anmeldung zu den Haushaltsplanberatungen bleibt der Fachverwaltung unbenommen.

Einstimmig

**0191            09-V-66-0225**

Weidenbornstraße - Grundinstandsetzung

Einstimmig

**0192            09-V-41-0014**

Umzug der Sammlung Nassauischer Altertümer

Stv. Sommer fragt nach, ob die notwendige Genehmigung vorliege und ein Deckungsvorschlag gemacht werden kann.

Herr Funk bestätigt die Genehmigung durch das Land Hessen und auch, dass der Umzug noch in diesem Jahr stattfinden wird (Frage Stv. Gerich). Die Steindenkmäler werden in dasselbe Depot gebracht, ein entsprechendes Angebot liegt schon vor (Frage Stv. Reiß). Der Umzug wird 2010 beendet sein.

Lt. Vors. Tollebeek sind die Kosten gedeckt.

Einstimmig

**0193            09-V-67-0017**

Seite 18 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 02. September 2009

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben beim Projekt "67 Erweiterung Friedhof Breckenheim"

Stv. Gerich möchte wissen, warum der Dotzheimer Friedhof nicht gemacht werde, sondern der Breckenheimer Friedhof erweitert werden soll.

Vors. Tollebeek möchte wissen, ob man in Breckenheim schon am Limit sei und man dies jetzt erst festgestellt habe.

Stv. Sommer weist darauf hin, dass man die neue Friedhofssatzung beschlossen habe. In Breckenheim und Medenbach warte man auf Urnenwände.

Lt. Stv. Schäfer bringen die Urnenwände weniger Einnahmen.

Die Sitzungsvorlage wird abgelehnt. Eine Anmeldung zu den Haushaltsplanberatungen bleibt der Fachverwaltung unbenommen.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden,                      .10.2009

**Vorsitzender**

**Schriftführer**

**Weitere Schriftführerin**

Tollebeek

Reitz

Koba